

Erziehungs-, Kultur- und
Umweltschutzdepartement
Quaderstrasse 17
7001 Chur

Eingereicht per Email an: info@ekud.gr.ch

Chur, den 19. März 2025

Vernehmlassung zum Erlass eines Gesetzes über die Höhere Berufsbildung

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Dr. Parolini, sehr geehrte Damen und Herren

Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden (DWGR; bestehend aus Bündner Gewerbeverband, Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden sowie HotellerieSuisse Graubünden) vertreten zusammen mehr als 7000 Unternehmen in Graubünden aus den verschiedensten Branchen. Entsprechend ihren Statuten sind die drei in den DWGR zusammengeschlossenen Verbände einer wettbewerbsfähigen und marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaft verpflichtet. Sie setzen sich unter Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Interessen für eine grundsätzlich wettbewerbsgesteuerte Marktwirtschaft mit möglichst geringen Einschränkungen, für gute Rahmenbedingungen sowie für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Graubünden ein.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Erlass eines Gesetzes über die Höhere Berufsbildung (GHF) bedanken wir uns herzlich.

Generelle Bemerkungen

Die DWGR zeigen sich erfreut, dass die Regierung plant, die kantonalen Bestimmungen zur Höheren Berufsbildung mit einem eigenen Gesetz zu regeln. Die wirtschaftliche Bedeutung der Höheren Berufsbildung wird dadurch in angemessener Art und Weise zum Ausdruck gebracht. Ebenfalls kann damit auf die spezifischen Bedürfnisse der Höheren Berufsbildung eingegangen werden. Denn diese genießt in nahezu allen Branchen und Unternehmen in Graubünden ein hohes Ansehen. Aufgrund des Fachkräftemangels sowie weiterer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen dürfte die Höhere Berufsbildung künftig sogar an Bedeutung gewinnen. Die entsprechenden Absolventinnen und Absolventen bilden als Führungspersonen und spezialisierte Fachpersonen die tragende Säule in den meisten Bündner KMU. Die DWGR unterstreichen die Bedeutung, dass möglichst viele Angebote der Höheren Berufsbildung in Graubünden besucht werden können. Vor

diesem Hintergrund ist festzuhalten, dass die DWGR mit den ihnen angeschlossenen Berufsverbänden die Schaffung des GHF ausdrücklich befürworten.

Der Wissens- und Technologietransfer (WTT) ist ein zentraler Treiber für Innovationen in der Wirtschaft. Entsprechend begrüßen die DWGR diese neue Fördermöglichkeit ausdrücklich. Ebenfalls ist für einen starken Bildungsstandort Graubünden die Zusammenarbeit der einzelnen Institutionen der Höheren Berufsbildung mit Hochschulen und Forschungsstätten sowie mit der Sekundarstufe II von zentraler Bedeutung. Eine Strategie der Höheren Berufsbildung ist in enger Zusammenarbeit mit den verschiedenen Anspruchsgruppen, insbesondere mit den Akteuren aus der Wirtschaft, zu erarbeiten und weiterzuentwickeln.

Gleichwertige Finanzierung

Die DWGR weisen im Rahmen der vorliegenden Vernehmlassung auf die ungleiche Finanzierung der höheren Bildung (Tertiär B) im Vergleich zu der akademischen Bildung (Tertiär A) hin. Trotz der Einführung der Subjektfinanzierung in Teilen der Höheren Berufsbildung durch den Bund (Berufsprüfungen und Höhere Fachprüfungen) und der Verabschiedung der Vereinbarung über die interkantonale Finanzierung der Höheren Fachschulen (HFSV) durch sämtliche Kantone, besteht zwischen den Bildungsstufen Tertiär A und Tertiär B noch immer ein beachtlicher Unterschied in der Finanzierung von Bildungsgängen. Aus Sicht der DWGR ist grundsätzlich eine gleichwertige Finanzierung der Bildungsgänge bei Tertiär A und Tertiär B anzustreben. So sollte ein Semester FH-Bachelor-Studium für Studierende etwa gleich viel kosten wie ein HF-Studium. Beispielhaft kann hier auf die Kosten pro Semester für ein Bachelor-Studium in Betriebswirtschaft an der FH Graubünden (CHF 960.-) und die Kosten pro Semester für ein Studium als dipl. Betriebswirtschafter/-in HF an der ibW Höhere Fachschule Südostschweiz (CHF 2'350.-) hingewiesen werden. Das Gesetz soll zu einer deutlichen Annäherung der Finanzierung in der höheren Bildung bei Tertiär A und Tertiär B führen, wobei bei einer Erhöhung im Bereich Tertiär B und keine Reduktion im Bereich Tertiär A vorgenommen werden soll.

Entsprechend ist in der Finanzplanung eine deutliche Erhöhung der finanziellen Mittel für die Umsetzung des GHB vorzusehen. Die DWGR beantragen im Vergleich zu heute eine Erhöhung des Gesamtbeitrags zuhanden der Höheren Berufsbildung auf insgesamt rund CHF 5 Mio. pro Jahr. Aufgrund des Auftrags Heini betreffend Stärkung der Berufsbildung in Graubünden, welcher eine angemessene Erhöhung der Berufsbildung auf allen Stufen fordert, ist auch der entsprechende Auftrag des Grossen Rats für die geforderte Mittelерhöhung vorhanden.

Hohe Bedeutung der ibW

Zwei der drei Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden, namentlich der Bündner Gewerbeverband (BGV) und Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden (HKGR), sind Gründer und Träger der ibW Höhere Fachschule Südostschweiz. Ebenfalls sind zahlreiche Berufsverbände, welche dem BGV als Sektionen angeschlossen sind, Träger der ibW. Diese für die Berufsbildung zentrale Institution nimmt aufgrund ihres Anteils von 72% an Studierenden der Höheren Berufsbildung an den höheren Fachschulen ohne kantonale Trägerschaft sowie aufgrund ihres breitgefächerten Bildungsangebots in der Höheren Berufsbildung eine besondere Stellung in Graubünden ein. Entsprechend möchten die DWGR die zentrale Bedeutung der ibW für die Bündner Wirtschaft, insbesondere für die KMU, festhalten.

Einerseits zeigt sich eine erfreuliche positive Entwicklung der ibW sowohl in der Anzahl Studierenden als auch in der Anzahl Bildungsgänge in der Höheren Berufsbildung. Andererseits befindet sich die ibW in den letzten Jahren in einer schwierigen finanziellen Lage. In den letzten Jahren ist der kantonale Beitrag an die ibW kontinuierlich gesunken und beträgt seit 2022 25% des Umsatzes. Bis 2012 lag dieser Anteil bei durchschnittlich über 40%. Seit 2012 ist nicht nur der relative Defizitbeitrag des Kantons gesunken, sondern auch der nominelle Kantonsbeitrag. Als Vergleichswerte zwischen der Finanzierung von Tertiär A und Tertiär B im Kanton Graubünden möchten die DWGR darauf hinweisen, dass der nominelle Beitrag des Kantons für die FH Graubünden zwischen 2012 und 2023 von CHF 13.2 Mio. auf CHF 18.7 Mio. gestiegen ist. Im gleichen Zeitraum ist bei der ibW der Kantonsbeitrag von CHF 7.5 Mio. auf CHF 5.7 Mio. gesunken.

Dabei zeigte sich, dass eine Bildungsinstitution im dynamischen und anspruchsvollen Umfeld der Höheren Berufsbildung mit der herkömmlichen Defizitfinanzierung an Grenzen stösst. Entsprechend ist die vorliegende Schaffung des GHB und die damit einhergehenden Möglichkeit für eine Pauschalfinanzierung für die grösste Institution der Höheren Berufsbildung in Graubünden von existenzieller Bedeutung. Die DWGR anerkennen, dass bei der ibW die frühere Finanzierung durch Kantonsbeiträge von bis zu 40% heutzutage nicht zu erreichen sein wird. Eine Finanzierung von mindestens 30% vonseiten des Kantons ist jedoch anzustreben, damit sich die ibW auch wirtschaftlich in eine positive Richtung entwickeln kann. Würde sich die ibW nur auf die lukrativen Bildungsgänge fokussieren und eine kantonale Höhere Fachschule müsste die mengenmässig wenig lukrativen Bildungsgänge übernehmen, wären die Mehrkosten für den Kanton substantiell höher.

Beantwortung des Fragebogens

Weiterführend bringen sich die DWGR gerne mit der Beantwortung des zur Verfügung gestellten, beiliegenden Fragebogens in das Vernehmlassungsverfahren ein.

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme bedanken wir uns im Voraus bestens. Bei Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



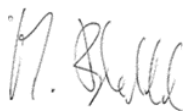
Bündner Gewerbeverband
Viktor Scharegg, Präsident



Handelskammer und
Arbeitgeberverband Graubünden
Andrea Fanzun, Präsident



HotellerieSuisse Graubünden
Ernst Wyrsch, Präsident



Bündner Gewerbeverband
Maurus Blumenthal, Direktor



Handelskammer und
Arbeitgeberverband Graubünden
Elia Lardi, Geschäftsführer



HotellerieSuisse Graubünden
Dr. Jürg Domenig, Geschäftsführer